

ist und die allgemeine Qualität der in der Gesellschaft vorherrschenden sozialen Beziehungen – sei es in der Familie, am Arbeitsplatz oder in der Gesellschaft allgemein – negativ beeinflusst.

Damit kehre ich zu dem Zitat am Anfang des Artikels zurück. Das beste Mittel, die Spannungen und Belastungen des Lebens in einer ungleichen Gesellschaft und alle sich daraus ergebenden Probleme zu reduzieren, ist die Gesellschaft gleicher zu machen. Wenn dies nicht geschieht, ist die Alternative sowohl in menschlicher wie auch in finanzieller Hinsicht kostspielig. Es geht um mehr Krankenhäuser, mehr Polizeireviere, mehr Gefängnisse, mehr Drogen-Rehabilitationszentren, mehr Ernährungsberater, mehr Antidepressiva

und mehr psychiatrische Behandlungen – dazu all die zusätzlichen Gebäude, Einrichtungen und das Personal für ihre Verwaltung. Statt die Probleme an ihrer Quelle anzugehen, versuchen wir es mit provisorischen Heilmitteln und belasten dadurch unsere Ökonomie mit hohen und vermeidbaren finanziellen Lasten. Und – als groteske Schlusspointe – wird die »Glücksindustrie« wahrscheinlich einer der wenigen Wirtschaftssektoren bleiben, die weiterhin wachsen.

(Aus dem Englischen von Gabriele Ricke.)

Richard Wilkinson/Kate Pickett: *The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone*. Penguin, London 2010, 368 S., € 11,80.

Lewis Hinchman

## The pursuit of happiness

### Flucht aus der hedonistischen Tretmühle

*In der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 wird das Streben nach Glückseligkeit als ein von Gott gegebenes Recht deklariert. Welche Konsequenzen sich daraus für das politische und gesellschaftliche Handeln ableiten lassen, hängt vom jeweiligen historischen Verständnis dieses Glücksbegriffs ab. Vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Erfahrungen unserer Zeit sollte, so unser Autor, der Glücksbegriff Lebensinn und nicht Wohlstand vermitteln.*

Als erstes Land der Welt haben die Vereinigten Staaten ihren Gründungsdokumenten ein Recht auf Glück eingeschrieben. Thomas Jefferson hat in die US-amerikanische Unabhängigkeitserklärung das Streben nach Glück als eines der Rechte aufgenommen, das die Gründer speziell schützen wollten. Dabei hat er aber nur die Worte seines Landsmanns George Mason übernommen, der früher in der Rechts-erklärung des Staates Virginia ein Recht auf das Streben nach (und Erwerb von) Glück konstatiert und das gleiche später in



**Lewis Hinchman**

(\* 1946) ist Professor für Politikwissenschaft an der Clarkson University in Potsdam/New York. Veröffentlichte 2007 gemeinsam mit Thomas Meyer das Buch: *The Theory of Social Democracy*.

lhinchma@clarkson.edu

die Verfassung Virginias eingesetzt hatte. Ein solches Recht stieß tatsächlich auf soviel Anerkennung, dass bis 1900 rund zwei Drittel der US-Bundesstaaten es bereits in

ihre jeweiligen Verfassungen aufgenommen hatten.

Aber was bedeutet dieses Recht eigentlich? Man kann den Begriff »Glück« in mindestens zwei relevante Richtungen deuten, die im ersten Jahrhundert der neuen Republik vorherrschend waren. Dem älteren hat Hannah Arendt den Namen »öffentliches Glück« gegeben. Sie verstand darunter das Glück der öffentlichen Partizipation, der politischen Teilnahme und der öffentlichen Debatten. Anscheinend waren die politisch aktiven *founders* von einer an Arendt erinnernden Leidenschaft für eine öffentliche Auszeichnung (*emulation* – John Adams) getragen, die sich in dem Wunsch niederschlug, von Ihresgleichen gesehen, anerkannt und geachtet zu werden. Obwohl die Gründerväter über die Lasten des öffentlichen Lebens manchmal klagten, so zogen sie dennoch das Leben in der unbekanntenen Privatheit nicht vor, wie sie das Leben der Armen stets begleitete. Diese führten ein Leben, das (nach Arendt) »ohne Folgen« war; ihre Existenz sei ein sinnloser Kampf ums bloße Leben, das für die Öffentlichkeit weder Zeit noch Gelegenheit bietet.

Arendt hat gleichsam einen im Altertum beheimateten Glücksbegriff in die amerikanische Staatsgründung hineingelesen. In der Antike war die Glückseligkeit ein objektiver Zustand, den man sich durch tugendhaftes, aufs Gemeinwohl gerichtetes Handeln erwarb. Luxus, Maßlosigkeit und Habgier schaden nicht nur dem Gemeinwohl, sie lieferten *eo ipso* den Beweis, dass der ungezügelte Mensch der Glückseligkeit unwürdig war, gerade weil er sich selbst nicht beherrschen konnte. Jefferson, Adams und andere amerikanischen Revolutionäre hatten sich dieses klassische Glücksbild stillschweigend angeeignet. Trotzdem haben nur wenige von ihnen die Bedingung der Möglichkeit des klassischen Glücksbegriffes erkannt: die Teilnahme am politischen Leben und demgemäß das öffentliche Glück selbst. An der ländlichen Idylle

des Horatius orientiert, haben sie rhetorisch das Leben in der Öffentlichkeit oft als lästig und korrupt geschildert. Ihr Selbstmissverständnis ließ die Tradition des öffentlichen Glücks in Vergessenheit geraten, gerade zur Zeit des aufblühenden Kapitalismus in Amerika. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte das Recht auf das Streben nach Glück (auch in der Rechtssprechung) einen neuen Sinn erworben: das Recht eines jeden Bürgers, seine wirtschaftlichen Privatinteressen zu verfolgen, Verträge abzuschließen, und möglichst reich zu werden. Die Glückseligkeit setzte nun weder Tugend noch Selbstbeherrschung, noch Gemeinsinn voraus, geschweige denn das politische Engagement.

### **Der amerikanische Traum vom Aufstieg**

Damit gelangte man zum zweiten weitverbreiteten Sinn von Glück. Viele durchschnittliche Amerikaner glaubten, dass ihr Recht auf Glück ökonomischen Erfolg versprach, unter dem sie Reichtum und Müßiggang verstanden. Dieser »amerikanische Traum«, der Aufstieg vom armen Schlucker zum Millionär, ist in zahllosen Romanen dramatisiert worden. Vielleicht ist es aber der Schriftsteller Wallace Stegner, der den Kern der Sache in seiner leicht getarnten Darstellung seines Vaters trifft: ein Mann, der sich im amerikanischen Westen jahrzehntelang auf der Suche nach dem nächsten großen Treffer umhertrieb und am Ende in einer Absteige in Seattle mittellos verstarb.

»Er wollte nie zugeben, dass all die besten Standorte schon besetzt waren. Irgendwo – wenn man nur wüsste, wie man ihn finden könne – müsse es doch einen Ort geben, wo man sein Glück machen könnte, so als ob man Wasser aus einem Brunnen schöpfte: ein Schlaraffenland wo sich das Leben reich, ungehemmt und ohne Mühe

abspielte, allerdings voller Abenteuerer und Taten, aber wo man doch am Ende etwas für nichts haben konnte.« (*The Big Rock Candy Mountain*)

Was Arendt als sinnlose Jagd auf Reichtum und Überfluss geschildert hatte, war doch gerade das, was die meisten Amerikaner unter Glück verstanden. Diese Deutung der Glückseligkeit herrschte vom Ende des Bürgerkriegs 1865 bis in die 1960er Jahre vor. Obwohl das öffentliche Glück freilich nie ganz aus dem Erfahrungshorizont der amerikanischen Basisdemokratie verschwand, geriet es als explizite Lehre allmählich in Vergessenheit. Mittlerweile war auch die Theorie der Marktwirtschaft im Wandel begriffen. In der Frühgeschichte der politischen Ökonomie sollte der Staat für das Glück der Bürger sorgen, indem er Reichtum mit Tugendhandeln, privates mit öffentlichem Wohl vermittelte. Aber die moderne Wirtschaftslehre hat den Begriff »Glück« durch den der Nützlichkeit er-

setzt. Diese ließe sich vorwiegend durch »wertfreie« statistische Größen wie BIP und Einkommen pro Kopf erfassen.

### **Die Rolle des Staates**

Aus der Volkswirtschaft vertrieben, wurde das Glück zum Thema der Psychologie. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Amerikaner massenhaft »pop-psychologische« Bücher über das Glück erworben, die ihnen die Techniken einer »positiven« Lebenseinstellung und -führung beibrachten. Ungleich den Ökonomen haben die Psychologen die subjektive Erfahrung des Glücks ernst genommen. Aber nur selten haben sie versucht, das Unbehagen des Individuums mit dessen sozio-ökonomischen Ursachen zu verknüpfen. Ihrer Ansicht nach liegen Glückseligkeit und Unzufriedenheit im Verantwortungsbereich des Individuums, nicht des Staates.

Seit den Umbrüchen der 60er Jahre jedoch haben sich die Lücken zwischen klassischen und modernen Glücksvorstellungen oder objektiven und subjektiven Glückserfahrungen zu schließen begonnen. Einige Volkswirtschaftler haben angefangen, ihre systematische Vernachlässigung des Themas Glück als Gegenstand der Wissenschaft neu zu denken. Sie haben eingesehen, dass der Staat sich doch Gedanken darüber machen muss, ob seine Politik die Menschen glücklicher (und nicht nur reicher) macht. Einige haben demnach differenziertere Begriffe von Glück vorgeschlagen, die die älteren Traditionen des tugendhaften, gemeinschaftsfördernden Verhaltens, der politischen Teilnahme und öffentlichen Glücks neu beleben. Zudem haben sie die Forschungsergebnisse der Sozialwissenschaften in ein neues Fach zusammengebracht: *happiness studies* (Glücksforschung).

Diese Ergebnisse (meist durch Meinungsumfragen ermittelt) haben zu einem gewissen Konsens über die Frage geführt, was den Menschen eigentlich glücklich macht: (a) Innerhalb einer gewissen Gesellschaft sind die Besserverdienenden typischer glücklicher als ärmere Bürger. (b) In multinationalen Vergleichen sind die reicheren Gesellschaften glücklicher als die armen. (c) In den USA jedoch hat das Wirtschaftswachstum der letzten 60 Jahre keinen messbaren Fortschritt in subjektiven Glücksgefühlen gebracht. (d) Sobald eine Gesellschaft die Schwelle eines Nationaleinkommens von etwa 15.000-20.000 Dollar pro Kopf übersteigt, bringen ihr weitere BIP-Gewinne fast keinen Glückszuwachs. Was sollen nun diese Ergebnisse für die Staatspolitik bedeuten?

Vorausgesetzt, dass Staaten eine glücksfördernde Politik betreiben sollen, liegt es nahe, dass reiche Länder wie die USA ärmeren Gesellschaften über die 15.000-Dollar-Hürde hinweghelfen sollen, denn gerade unter diesen sind die schnellsten Glücksfortschritte zu erwarten. Innerhalb der

postindustriellen Gesellschaften sollte der Staat das Angebot an denjenigen Gütern maximieren, die erwiesenermaßen das Bürgerwohl steigern. Zu diesen gehören u.a. die persönliche und soziale Sicherheit (denn es »tut mehr weh«, 100 Dollar zu verlieren, als es Glück bringt, 110 Dollar zu gewinnen), die Stabilität von Familie und Gemeinschaft zu gewährleisten (Stress in Familienverhältnissen erzeugt oft Unglück), bessere Gesundheit, der Ausbau partizipatorischer Demokratie und kompetente, vertrauenswürdige *Governance* (mangelndes Vertrauen in den Staat hängt mit Unglück zusammen; Bürgerteilnahme an öffentlichen Fragen steigert das Glück der Teilnehmer).

### **Glücksgewinn durch Umverteilung**

Einige Sozialwissenschaftler insistieren darauf, dass der US-Staat wachsender Ungleichheit entgegenwirken sollte, weil die unglücklichsten Amerikaner überproportional in den unteren Einkommensschichten zu finden sind und durch eine Umverteilungspolitik erhebliche Glücksgewinne für sie zu erwarten wären. Allgemeines Wirtschaftswachstum könnte eventuell auch den ökonomisch Schwächeren höhere Einkommen bescheren. Aber wenn eine ganze Gesellschaft reicher wird, dann passt man sich den neuen Verhältnissen durch erhöhte Erwartungen rasch an. Glücklicher wird man nicht (die »hedonistische Tretmühle«). Eine egalitäre Gesellschaft weist auch oft höhere Vertrauenswerte auf – sowohl dem Mitbürger als auch dem Staat gegenüber, was – wie gesagt – das Glück steigert.

Grüne Theoretiker in Amerika ziehen aus dem Befund, dass das Wirtschaftswachstum in Industrieländern keine Glücksgewinne mehr zeitigt, den Schluss, dass die USA eine nachhaltige Null-Wachstums-Wirtschaft ohne Glücksverluste erreichen kann. Sie weisen darauf

hin, dass die wichtigsten Glücksfaktoren diejenigen sind, die in unserem Leben Sinn stiften, nicht die, welche uns auf eine hedonistische Treitmühle zwingen. Was die Amerikaner zufrieden macht, sind u.a. persönliche Sicherheit, starke Familien- und Gemeinschaftsbande, die Wohltätigkeit, und das politische Engagement – eine

Lebensweise, die wenig vom klassischen Tugendmodell abweicht. Die aktuellen *happiness studies* in Amerika haben mithin den Zusammenhang der älteren politischen Ökonomie und Theorie – vor allem den Vorrang des existenziellen Sinnes über den bloßen Wohlstand – wieder in den Mittelpunkt gerückt.

Christian Kroll

## Soziale Demokratie des Glücks?

### Folgen der Glücksforschung für die Politik

*Die neue akademische Glücksforschung hat, in Kombination mit dem gegenwärtigen internationalen Diskurs über Fortschrittsmessung und der abnehmenden Schichtbindung der Parteien, eine bedeutende Folge: Dominierende politische Kraft im 21. Jahrhundert wird diejenige, die das größtmögliche Glück für den größtmöglichen Teil der Bevölkerung hervorbringt. Wird dies die Sozialdemokratie sein?*

Bereits 1789 behauptete der britische Ökonom Jeremy Bentham, diejenige politische Maßnahme sei die beste, die das größte Glück für die größte Anzahl an Menschen hervorbringe. Benthams Hauptproblem mit diesem »*greatest happiness principle*« war damals, dass er Glück nicht messen konnte – so verschwand seine Theorie ohne empirische Grundlage für 200 Jahre wieder in der Schublade der Wirtschaftsgeschichte.

Dank der neuen Glücksforschung jedoch wissen wir heute eine ganze Menge darüber, was die Lebenszufriedenheit nachhaltig beeinflusst. Diese Forschungsrichtung erlaubt eine zielgenaue Bestimmung der Einflussfaktoren individuellen und gesellschaftlichen Wohlergehens. Der Ansatz entstand in den 60er Jahren in der Psychologie und Soziologie und hat sich inzwischen bis in den ökonomischen Mainstream vorgekämpft.

Nun beginnt auch endlich die Politik aufzuhorchen und einzusehen, dass ein



**Christian Kroll**

(\* 1981) ist Visiting Scholar an der Harvard University (Kennedy School of Government). Außerdem forscht er über Glück, Lebensqualität und Sozialkapital an der London School of Economics.

c.kroll@lse.ac.uk

Paradigmenwechsel hin zu »mehr Lebensqualität wagen« unabdingbar ist. Die entscheidende Zeitenwende war in diesem Zusammenhang die jüngste Finanzkrise. Sie hat gezeigt, dass unsere Maßstäbe für gute Politik und erfolgreiches Wirtschaften – allen voran das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – inhärente Probleme haben, die katastrophale Folgen mit sich bringen können. Das BIP jedenfalls ist in diesem Zusammenhang nur ein »Beschränkt Informativer Parameter« und gehört als zentraler Indikator für das Wohlergehen von Gesellschaften abgelöst. Als solcher wurde es von seinen Erfindern in den 30er Jahren